



GeNi aktuell

**Gesundheitsgewerkschaft
Niedersachsen im dbb**

Ausgabe 05

Dezember 2007

www.geni-online.de

Seminar „Vom Personalrat zum Betriebsrat“

Durch den Verkauf der Landeskrankenhäuser hat sich die Rechtsform geändert. Wir gehören jetzt nicht mehr zu den öffentlichen Betrieben sondern zu den Betrieben des privaten Rechts.

Daher werden in diesen Betrieben spätestens innerhalb eines halben Jahres nach Betriebsübergang keine Personalräte, sondern Betriebsräte gewählt.

Dementsprechend wird in diesen Betrieben nicht mehr das Personalvertretungsgesetz angewendet, sondern das Betriebsverfassungsgesetz.

Um die Beschäftigten in den Betrieben weiterhin gut vertreten zu können, wurde schon im Vorfeld ein Einführungsseminar durchgeführt.

An diesem Seminar nahmen dreizehn Mitglieder der GeNi vom 12.-14.11.2007 in Verden teil.

Dozent des Seminars war Herr Ender (re. im Bild) von der dbb akademie und als Seminarleiter war Herr Borges (li. im Bild) von der regionalen FG Wunstorf tätig.



Betriebsrätegrundschulung

Die Bezirksvorstände der regionalen Fachgruppen Wunstorf, Königslutter und Hildesheim führen in der Zeit vom 13.-15. Februar 2008 eine dreitägige BR-Schulung durch.

Die Schulung wird in Hildesheim durchgeführt und es werden aus jeder der genannten regionalen Fachgruppen fünf Mitglieder teilnehmen.

Anwendungstarifvertrag zum Personalüberleitungstarifvertrag

Lüneburg

Am 09. Oktober 2007 fanden zwischen der dbb tarifunion und dem kommunalen Arbeitgeberverband und des psychiatrischen Klinikums Lüneburg gGmbH die Tarifverhandlungen statt. In den Verhandlungen wurde ein Anwendungstarifvertrag zum Abschluss gebracht.

Königslutter

Am 3. Dezember 2007 fanden zwischen der dbb tarifunion und der AWO Niedersachsen die Tarifverhandlungen statt.

Dort konnte diesbezüglich keine abschließende Einigung erzielt werden. Trotz Kompromissbereitschaft der dbb tarifunion konnten die Tarifvertragsentwürfe der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nicht zu einem einheitlichen Tarifvertrag zusammengeführt werden. Die AWO zeigt sich derzeit nicht bereit, den Geltungsbereich des zu schließenden Tarifvertrages auch für neu einzustellende Beschäftigte zu regeln. Dies ist jedoch unverzichtbar, um eine Gleichbehandlung der Beschäftigten des Krankenhauses Königslutter zu

Herausgeber: GeNi Landesvorstand

1. Vorsitzender Jens Schnepel Rengershäuser Landstraße 6 37574 Einbeck

Redaktion: Michael Borges, E-Mail: info@michael-borges.de

gewährleisten, sowie mögliche Spannungen innerhalb der Belegschaft zu vermeiden.

Die AWO hat zugesagt, sich zeitnah zu dem Kompromissangebot der dbb tarifunion zu äußern.

Die dbb tarifunion wird sich auch weiterhin für einen Tarifabschluss einsetzen, der allen Beschäftigten die Rechte aus dem Personalüberleitungstarifvertrag sichert.

Hildesheim

Am 5. Dezember 2007 trafen dbb tarifunion und die Geschäftsleitung der Ameos Krankenhausgesellschaft Niedersachsen mbH und einigten sich auf einen Anerkennungstarifvertrag.

Durch den für die Kliniken in Hildesheim und Osnabrück jeweils separat aber inhaltsgleich vereinbarten Vertrag werden die Besitzstände und Rechte derjenigen Beschäftigten gewahrt, deren Arbeitsverhältnisse durch den Verkauf der Landeskrankenhäuser Hildesheim und Osnabrück auf Ameos übergeleitet wurden.

Mit diesen voraussichtlich noch vor Jahresende zu unterzeichnenden Tarifverträgen kommt Ameos als neue Eigentümerin der beiden Kliniken ihrer Verpflichtung aus dem am 29. September 2006 zwischen dem Land Niedersachsen und der dbb tarifunion geschlossenen Personalüberleitungstarifvertrag nach.

Die Verhandlungen mit Asklepios, Betreiber der Häuser Göttingen und Tiefenbrunn, stehen die Verhandlungen noch aus.

Herbsttagung 2007

Unsere diesjährige Herbsttagung wurde vom 3.-4. Dezember 2007 durchgeführt. Es waren Bezirksvertreter aus allen ehemaligen oder noch Landeskrankenhäusern vertreten.

Für die Tarifrunde 2008 ist von der dbb tarifunion gefordert, dass jede Fachgewerkschaft einen Streikbeauftragten für Nds. wählt. Für die GeNi wurde Michael Borges als Streikbeauftragter gewählt.

Zurzeit laufen zwei Rechtsschutzangelegenheiten in Bezug auf die Kürzung der Wechselschichtzulage bei Teilzeitkräften. Beide Anträge gingen von der regionalen Fachgruppe der GeNi Wunstorf aus.

Ab nächstes Jahr wird es pro Quartal einen Tacheles Gesundheit geben.

Mitgliederversammlung der regionalen FG der GeNi Wunstorf

Am 13. Dezember 2007 führte die regionale FG der GeNi Wunstorf ihre Mitgliederversammlung durch. Es nahmen 52 Mitglieder teil. Unter anderem wurden Ansprechpartner aus verschiedenen Fachbereichen benannt, damit der Vorstand besser informiert wird und zeitnah auf die Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Bereiche eingehen kann.

Folgende Fachbereiche sind nun im erweiterten Bezirksvorstand der GeNi Wunstorf vertreten: Allgemein-, Geronto-, Kinder und Jugendpsychiatrie, Abhängigkeitserkrankungen, Forensik, Verwaltung, Servicebereiche und Jugend.

Viermal im Jahr werden Sitzungen im erweiterten Vorstand durchgeführt.

Außerdem wurde über das BetrVG, die Tarifrunde 2008, die Betriebsratswahl und die neue Jugendarbeit berichtet.

Betriebsratswahl

Wehnen

In der Karl-Jaspers-Klinik fanden die Betriebsratswahlen statt. Die Wahlbeteiligung war mit knapp über 50% sehr gering.

Die regionale Fachgruppe der GeNi Wehnen erhielt 2 Sitze (Josef Ernst und Antje Lühken)

Tarifrunde 2008

10 Punkte Forderung der VKA (Verband der kommunalen Arbeitgeber)

1. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen und ihrer Unternehmen stärken

VKA Forderung

- Die Tarifpolitik muss einen Beitrag zum Erhalt der Arbeitsplätze im kommunalen öffentlichen Dienst und in den Sparten leisten

dbb tarifunion Stellungnahme

- Bei den kommunalen Stellenplänen ist kein weiteres Einsparpotential gegeben, ohne die Qualität öffentlicher Dienstleistungen zu gefährden

2. Entgelte maßvoll steigern

VKA Forderung

- Die Beschäftigten des kommunalen öffentlichen Dienstes sind an der allgemeinen Lohnentwicklung angemessen zu beteiligen.
- Hohe Abschlüsse in der Privatwirtschaft können kein Maßstab sein

dbb tarifunion Stellungnahme

- Ohne eine kräftige Einkommenserhöhung werden die Beschäftigten im kommunalen Dienst weiter von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt. Mit Hinweis auf einen vergleichsweise sicheren Arbeitsplatz lassen sich keine Heizkosten bezahlen

3. Ost-/West-Angleichung fortsetzen

VKA Forderung

- Die sich aus der Anhebung des Bemessungssatzes von 97 auf 100 Prozent zum 1. Januar 2008 ergebende Belastung muss im Rahmen der Tarifrunde 2008 angemessen Berücksichtigung finden.

dbb tarifunion Stellungnahme

- Die Beschäftigten im Tarifgebiet Ost erwarten keine Fortsetzung, sondern die Umsetzung und den Abschluss der seit fünf Jahren eingeplanten West-Anpassung

4. Arbeitszeit verlängern und vereinheitlichen

VKA Forderung

- Es ist Zeit, dass die Gewerkschaften ihre mit dem TV-Meistbegünstigung eingegangene Verpflichtung zur Verlängerung der Wochenarbeitszeit erfüllen. Die juristische Auseinandersetzung hierüber muss ein Ende finden.

- Die Wochenarbeitszeit muss bei den kommunalen Arbeitgebern im Flächentarifvertrag wieder einheitlich festgelegt werden. Der Maßstab hierfür ist die 40-Stunden-Woche.

dbb tarifunion Stellungnahme

- Eine pauschale Arbeitszeitverlängerung ist weder sachlich geboten noch durch einen Vergleich mit anderen Bereichen begründbar. Statt dessen besteht die Gefahr, dass Arbeitszeitverlängerungen zu weiterem Personalabbau führt. Der TVöD bietet den Tarifvertragsparteien ausreichend Möglichkeiten, flexible Arbeitszeitregelungen zu vereinbaren. Daher ist eine pauschale Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit abzulehnen

5. Leistungsbezahlung ausbauen

VKA Forderung

- Die Leistungsbezahlung muss als Anteil des Lohnzuwachses ausgebaut werden. In der kommenden Tarifrunde ist ein weiterer Schritt in Richtung acht Prozent zu vereinbaren.

dbb tarifunion Stellungnahme

- Die dbb tarifunion steht zur leistungsorientierten Bezahlung. Bevor eine Steigerung des Volumens erfolgen kann, muss leistungsorientierte Bezahlung zunächst flächendeckend eingeführt und auf die Wirkungen hin überprüft werden. Eine Ausdehnung der leistungsorientierten Bezahlung zu Lasten ihrer linearen Anhebung der Tabellenentgelte wird abgelehnt

6. Kommunale Krankenhäuser nicht gefährden

VKA Forderung

- Die Finanzausstattung der kommunalen Krankenhäuser belässt keine Spielräume für lineare Erhöhungen, wenn die Budgetdeckung nicht aufgehoben wird.

dbb tarifunion Stellungnahme

- Die Beschäftigten an Krankenhäusern haben sich eine Einkommenssteigerung genau so verdient, wie alle anderen Beschäftigten im Kommunaldienst. Statt der Umsetzung einseitiger Sparvorgaben, auf den Rücken der Beschäftigten fordert die dbb-tarifunion eine gerechte Teilhabe des Krankenhauspersonals an der allgemeinen Einkommensentwicklung.

7. Entgeltordnung zügig verhandeln.

VKA Forderung

- Die Verhandlungen der neuen Entgeltordnung sind zügig fortzusetzen.
- Die neue Entgeltordnung muss transparent, übersichtlich, praktikabel und rechtssicher sein.
- Das Prinzip der Kostenneutralität ist zu wahren

dbb tarifunion Stellungnahme

- Die Verhandlungen zur neuen Entgeltordnung sind zügig fortzusetzen, um die in Jahrzehnten entstandenen Modernisierungstau zu lösen und den Beschäftigten Entwicklungsperspektiven zu bieten. Zunächst sind jedoch die Fristen im Übergangsrecht zu bearbeiten. Diese Verhandlungen sind jedoch nicht Teil der Entgelttrunde, sondern komplettieren die Verhandlung zum TVöD.

8. Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes stabilisieren

VKA Forderung

- Die Zusatzversorgung muss finanzierbar bleiben. Hierzu sind gesonderte Tarifverhandlungen aufzunehmen

dbb-tarifunion Stellungnahme

- Aufgrund der Komplexität, der Materie und der daraus folgenden umfangreichen Prüfbedarfs sind entsprechende Verhandlungen außerhalb der Einkommensrunde 2008 zu führen.

9. Grundsatz der Tarifeinheit erhalten – Friedensfunktion des Flächentarifvertrages

VKA Forderung

- Die Gewerkschaften sind aufgefordert, gemeinsam mit der VKA auf den Grundsatz der Tarifeinheit hinzuwirken

dbb-tarifunion Stellungnahme

- Der Erhalt der Tarifeinheit ist ein zentrales Ziel der Tarifpolitik der dbb tarifunion. Spezifizierungen für bestimmte Beschäftigungsgruppen dürfen die tarifvertragliche Gesamtgefüge nicht aushöhlen.

10. Streiks schaden allen – Ergebnis in Verhandlungen erreichen

VKA Forderung

- Die Gewerkschaften sind aufgefordert, konstruktiv in die Tarifverhandlungen zu gehen. Die VKA ist dazu bereit.

dbb tarifunion Stellungnahme

Tarifverhandlungen und Streiks, sind beide Bestandteil der Tarifautonomie. Wer Streiks vermeiden will, muss zu ergebnisoffenen Verhandlungen bereit sein.

**Forderung des dbb zur
Einkommensrunde 2008
für Arbeitnehmer von Bund /
Kommunen und für
Bundesbeamte**

Berlin, den 19. Dezember 2007

Leistung anerkennen - Soziale
Verantwortung übernehmen

**8% müssen es sein – für
Arbeitnehmer und Beamte!**

Der Öffentliche Dienst hat in den letzten vier Jahren erhebliche reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die letzte lineare Einkommenserhöhung für die Beschäftigten von Bund und Kommunen stammt aus dem Sommer 2004. Für die Jahre 2005 bis 2007 gab es lediglich Einmalzahlungen. Seither haben Beamte und Arbeitnehmer durch minimale Einkommenszuwächse und zusätzliche Sonderbelastungen einen hohen Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen der öffentlichen Haushalte geleistet. Den Preissteigerungen der letzten Jahre wurde an keiner Stelle durch Einkommenszuwächse entgegen gewirkt. Auch muss eine Beteiligung des Öffentlichen Dienstes an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung mit höheren Steuereinnahmen erfolgen. Dafür sind die bisherigen Tarifabschlüsse aus dem Bereich der Wirtschaft im Jahre 2007 wegweisend.

Die Beschäftigten von Bund und Kommunen haben sowohl deutlichen Nachholbedarf bei den Einkommen, als auch nach Jahren des Verzichts ein Anrecht auf Teilhabe an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus ist insbesondere für die unteren Einkommensgruppen auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten ein sozialer Ausgleich zu schaffen. Für das Jahr 2008 bedeutet Gerechtigkeit bei der Forderungsfindung auch, dass dem sozialen Aspekt eine besondere Bedeutung zukommen muss.

Für alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes – Arbeitnehmer von Bund und

Kommunen, Bundesbeamte und Versorgungsempfänger – ist demnach eine spürbare Erhöhung der Einkommen unerlässlich. Deshalb fordert der dbb für die Einkommensrunde 2008:

- Eine lineare Erhöhung der Einkommen von 8 Prozent, bei einer tariflichen Laufzeit von zwölf Monaten.
 - Mindestens einen Betrag von 200 Euro pro Monat
-



**Ein frohes Weihnachtsfest
und einen Guten Rutsch
ins Neue Jahr**

Herausgeber: GeNi Landesvorstand

1. Vorsitzender Jens Schnepel Rengershäuser Landstraße 6 37574 Einbeck

Redaktion: Michael Borges, E-Mail: info@michael-borges.de